

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES ZUR REVISION DER STATUTEN

Traktandum 4 der Traktandenliste (Der deutsche Originaltext ist verbindlich.)

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES ZUR REVISION DER STATUTEN

1.

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Der Schweizer Souverän hat am 3. März 2013 die «Volksinitiative gegen die Abzockerei» («Minder Initiative») angenommen und damit die Schweizerische Bundesverfassung geändert. Für deren Umsetzung hat der Schweizerische Bundesrat die Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (Verordnung) erlassen. Sie trat am 1. Januar 2014 in Kraft, vorbehältlich gewisser Übergangsbestimmungen.

Die Verordnung erweitert die Befugnisse der Generalversammlung im Bereich Wahlen. Des Weiteren verlangt sie die Genehmigung der Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung durch die Generalversammlung mittels einer bindenden Abstimmung. Zudem schreibt die Verordnung unter anderem vor, dass die Statuten Bestimmungen über (i) die Grundsätze über die Aufgaben und Zuständigkeiten des Vergütungsausschusses, (ii) die Grundsätze der Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung, (iii) die Anzahl zulässiger Mandate für Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung ausserhalb der Holcim-Gruppe, (iv) die Dauer und die Kündigungsfristen ihrer Arbeits- oder ähnlichen Verträgen sowie (v) die maximale Höhe der Kredite an die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung enthalten müssen.

Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung 2015 daher eine Anpassung der Statuten zur Umsetzung der Vorgaben der Verordnung. Gleichzeitig werden ein paar weitere kleinere Statutenanpassungen beantragt.

Diese Übersicht erläutert die wesentlichen Änderungen. Anschliessend folgt ein Vergleich der beantragten revidierten Statutenbestimmungen mit Holcims geltenden Statutenbestimmungen. Der Verweis auf Statutenartikel in dieser Übersicht bezieht sich auf die neu nummerierten Statuten, wie sie vom Verwaltungsrat beantragt werden.

2.

WAHLEN DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATES, DES VERWALTUNGSRATSPRÄSIDENTEN, DER MITGLIEDER DES NOMINATION & COMPENSATION COMMITTEE (VERGÜTUNGSAUSSCHUSS) UND DES UNABHÄNGIGEN STIMMRECHTSVERTRETERS

Die Verordnung verlangt, dass die ordentliche Generalversammlung die Mitglieder des Verwaltungsrates, den Verwaltungsratspräsidenten, die Mitglieder des Nomination & Compensation Committee und den unabhängigen Stimmrechtsvertreter wählt. Die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Nomination & Compensation Committee muss einzeln erfolgen. Die Amtsdauer beträgt jeweils ein Jahr und endet mit dem Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung, Rücktritt und Abberufung vorbehalten. Ist das Verwaltungsratspräsidium vakant, bezeichnet der Verwaltungsrat einen Ersatz für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Ähnliche Regelungen sind für Vakanzen im Nomination & Compensation Committee und für das Fehlen eines unabhängigen Stimmrechtsvertreters beantragt.

Die beantragten Art. 9 Abs. 3, Art. 8 Abs. 2 Ziff. 5 sowie die Art. 14 Abs. 2, 15 und 20 Abs. 2 setzen diese Vorgaben um.

3.

VERTRETUNG DER AKTIONÄRE AN DER GENERALVERSAMMLUNG

Die Vertretung der Aktionäre an der Generalversammlung durch Depotvertreter, wie z.B. Banken, und den Organvertreter sind unter der Verordnung nicht mehr zulässig. Aktionäre können sich an der Generalversammlung von ihrem gesetzlichen Vertreter, vom unabhängigen Stimmrechtsvertreter oder von einem anderen Aktionär (durch schriftliche Bevollmächtigung) vertreten lassen.

Der beantragte Art. 9 Abs. 1 setzt diese Vorgaben um.

4.

NOMINATION & COMPENSATION COMMITTEE

Gemäss Verordnung müssen die Statuten die Grundsätze über die Aufgaben und Zuständigkeiten des Nomination & Compensation Committee regeln. Der Verwaltungsrat schlägt in Art. 21 vor, dass das Nomination & Compensation Committee weiterhin den Verwaltungsrat bei der Festsetzung und Überprüfung der Vergütungsstrategie und Leitlinien sowie der Vorbereitung der Anträge des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung zuhanden der Generalversammlung betreffend Vergütung unterstützt. Der Verwaltungsrat bestimmt mittels Reglement, für welche Positionen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung Antrag an den Verwaltungsrat gestellt werden muss bzw. für welche das Nomination & Compensation Committee selber die anwendbaren Leistungskriterien, -ziele und Vergütungskategorien bestimmen kann. Des Weiteren kann der Verwaltungsrat mittels Reglement an das

Nomination & Compensation Committee weitere Aufgaben übertragen. Der beantragte Art. 20 regelt die Mitgliederzahl, die Konstituierung und die Organisation des Nomination & Compensation Committee.

5.

VERGÜTUNG DES VERWALTUNGSRATES UND DER GESCHÄFTSLEITUNG

Die Verordnung verlangt ferner, dass die Grundsätze der erfolgsabhängigen und anteilsbasierter Vergütung in den Statuten geregelt werden. Die beantragten Art. 23, 24 und 25 erlauben Holcim, ihr leistungsabhängiges Vergütungssystem beizubehalten. Gleichzeitig belassen sie der Gesellschaft die Möglichkeit, das Vergütungssystem im Hinblick auf sich weiter oder neu entwickelnde «best practices» in den Schranken der statutarisch vorgegebenen Grundsätze anzupassen. Verwaltungsräte erhalten eine fixe Vergütung. Geschäftsleitungsmitglieder erhalten fixe Vergütungselemente und variable Vergütungselemente. Die variablen Vergütungselemente orientieren sich am Ergebnis der Gesellschaft und dem Erreichen gewisser Leistungsziele. Diese Leistungsziele können individuelle Ziele, Ziele der Gesellschaft oder von Teilen der Gesellschaft, der Gruppe oder Ziele in Bezug auf den Markt, auf andere Gesellschaften oder vergleichbare Richtgrössen, unter Berücksichtigung der Funktion und der Verantwortungsstufe des Empfängers der variablen Vergütung, umfassen.

Die Aktionäre müssen jährlich die Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung genehmigen. Gemäss den beantragten Art. 8 Abs. 2 Ziff. 4 und Art. 23 wird die maximal zulässige Vergütung des Verwaltungsrates für die folgende

Amtsdauer genehmigt. Damit ist sichergestellt, dass Vergütungsperiode und Amtsdauer übereinstimmen. Der Maximalbetrag der Vergütung der Geschäftsleitung wird für das folgende Geschäftsjahr genehmigt. Dies gewährleistet die erforderliche Planungssicherheit sowohl für Holcim als auch für die Geschäftsleitungsmitglieder. Soweit angemessen, kann der Verwaltungsrat abweichende oder zusätzliche Anträge bezüglich der gleichen oder anderer Perioden zur Genehmigung unterbreiten. Genehmigen die Aktionäre einen beantragten Vergütungsbetrag nicht, überarbeitet der Verwaltungsrat unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren seinen Antrag und stellt der Generalversammlung einen neuen Antrag. Anstatt eines neuen Antrags kann der Verwaltungsrat auch mehrere Anträge in Bezug auf verschiedene Vergütungselemente stellen.

Die Verordnung sieht vor, dass die Statuten einen «Reservebetrag» für die Vergütung jener Geschäftsleitungsmitglieder, die nach der Genehmigung der maximal zulässigen Vergütung durch die Generalversammlung in die Geschäftsleitung eintreten oder innerhalb der Geschäftsleitung befördert werden, festlegen können. Aus diesem «Reservebetrag» kann Holcim die Vergütung solcher Geschäftsleitungsmitglieder während der von den Aktionären bereits genehmigten Vergütungsperioden ausrichten. Der Verwaltungsrat beantragt in Art. 24, dass dieser «Reservebetrag» auf 40% des zuletzt von der Generalversammlung für die Geschäftsleitung genehmigten maximalen Gesamtbetrages beschränkt wird.

Die im Rahmen der durch die Generalversammlung genehmigten Maximalbeträge effektiv geleistete Vergütung ist in einem von der Verordnung geregelten Vergütungsbericht offenzulegen. Der

Bericht wird durch den Verwaltungsrat vorbereitet und muss geprüft und den Aktionären zur Einsicht aufgelegt werden. Die beantragten Änderungen von Art. 17 Abs. 2 Ziff. 2 und Art. 12 Abs. 2 setzen diese Vorgaben um.

Zusätzlich sieht Art. 23 Abs. 5 vor, dass der Verwaltungsrat den jährlichen Vergütungsbericht zur Konsultativabstimmung der Generalversammlung vorlegt.

6.

VERTRÄGE BEZÜGLICH DER VERGÜTUNG DER VERWALTUNGSRATS- UND GESCHÄFTSLEITUNGSMITGLIEDER

Verträge bezüglich der Vergütung der Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsmitglieder dürfen für eine feste Dauer von höchstens einem Jahr oder, bei unbefristeten Verträgen, mit einer Kündigungsfrist von höchstens einem Jahr abgeschlossen werden. Die Statuten müssen die Höchstdauer und die maximale Kündigungsfrist bestimmen.

Der beantragte Art. 26 setzt diese Vorgabe um. Er verlangt, dass die Dauer und Kündbarkeit von Verträgen mit Mitgliedern des Verwaltungsrates der Amtsdauer und dem Gesetz entspricht. Bezüglich der Mitglieder der Geschäftsleitung stellt die beantragte Bestimmung sicher, dass sich Holcim weiterhin mittels angemessener Kündigungsfristen gegen abrupte Abgänge absichern kann. Zudem erlaubt die Bestimmung Holcim, Konkurrenzverbote gegen eine angemessene Entschädigung abschliessen zu können, sofern solche Vereinbarungen im Interesse der Gesellschaft liegen; deren Dauer darf ein Jahr und die maximale Entschädigung die Hälfte der letzten Jahresvergütung nicht übersteigen.

7.

MANDATE DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATES UND DER GESCHÄFTSLEITUNG AUSSERHALB DER HOLCIM-GRUPPE

Die Verordnung erfordert ferner, dass die Statuten die Höchstzahl an Mandaten bestimmen, die ein Mitglied des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung in den obersten Leitungs- oder Verwaltungsorganen von Rechtseinheiten, die zur Eintragung ins Schweizerische Handelsregister oder ein entsprechendes ausländisches Register verpflichtet sind, wahrnehmen dürfen. Mandate in Unternehmen, die durch Holcim kontrolliert werden, sind von Gesetzes wegen von dieser Begrenzung ausgenommen.

Der Verwaltungsrat beantragt in Art. 27, dass Verwaltungsräte nicht mehr als zehn zusätzliche externe Mandate ausüben dürfen, davon nicht mehr als vier bei börsenkotierten Unternehmen. Für Mitglieder der Geschäftsleitung gilt eine Beschränkung auf fünf Mandate, davon nur eines in einem börsenkotierten Unternehmen. Diese Beschränkungen stellen sicher, dass die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung ihrem Amt bei Holcim genügend Zeit widmen können. Zudem dürfen Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder eine begrenzte Anzahl Mandate auf Anordnung von Holcim (z. B. in nicht kontrollierten Joint Ventures) oder in gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen, Vereinen, Bildungseinrichtungen, gemeinnützigen Institutionen etc. wahrnehmen. Mandate für Gesellschaften, die direkt oder indirekt von derselben Person oder Gesellschaft kontrolliert werden oder unter gemeinsamer Kontrolle durch solche Personen oder Gesellschaften stehen

oder Mandate, die auf Anweisung einer solchen Person oder Gesellschaft gehalten werden, werden als ein einzelnes Mandat gezählt.

Unabhängig von diesen Begrenzungen ist jeder Verwaltungsrat und jedes Geschäftsleitungsmitglied aufgrund Gesetz und Arbeits- oder Mandatsvertrag verpflichtet, seinen Pflichten bei Holcim mit der erforderlichen Sorgfalt nachzukommen. Dies schliesst unter anderem die Verpflichtung mit ein, stets genügend Zeit und Ressourcen für Holcim zur Verfügung zu stellen.

8.

SONSTIGE ÄNDERUNGEN

Am 1. Januar 2013 ist das revidierte Rechnungslegungsrecht in Kraft getreten. Ab dem Geschäftsjahr 2015 muss der Verwaltungsrat statt des «Jahresberichts» einen «Lagebericht» erstellen, welcher von der Generalversammlung genehmigt werden muss. Die beantragte Änderung von Art. 17 Abs. 2 Ziff. 2 und Art. 8 Abs. 2 setzt diese Gesetzesänderung um.

Der Verwaltungsrat beantragt ferner gewisse weitere Anpassungen. Die vorgeschlagenen Änderungen in Art. 16 Abs. 4 und 5 und Art. 20 Abs. 3, verankern das qualifizierte Mehr bei gewissen Verwaltungsratsbeschlüssen und die Abschaffung des Stichentscheids des Verwaltungsratspräsidenten und des Vorsitzenden des Nomination & Compensation Committee. Ausserdem kann der Vorsitzende der Generalversammlung gemäss dem vorgeschlagenen Art. 13 Abs. 7 eine Wahl oder Abstimmung wiederholen lassen, sofern nach seiner Meinung Zweifel am Abstimmungsergebnis bestehen. In diesem Fall gilt die Abstimmung als nicht geschehen.

DETAILLIERTE ÜBERARBEITUNG DER STATUTEN

Geltende Fassung:

I. FIRMA, SITZ, ZWECK UND DAUER DER GESELLSCHAFT

ARTIKEL 1

ARTIKEL 2

II. AKTIENKAPITAL

ARTIKEL 3

ARTIKEL 3^{BIS}

ARTIKEL 4

ARTIKEL 5

Die Gesellschaft führt über die Namenaktien ein Aktienbuch, in welches die Eigentümer und Nutzniesser mit Namen und Adresse eingetragen werden.

Der Verwaltungsrat trägt einzelne Personen, die im Eintragungsgesuch nicht ausdrücklich erklären, die Aktien für eigene Rechnung zu halten (Nominees) mit Stimmrecht im Aktienbuch ein, wenn der Nominee mit der Gesellschaft eine Vereinbarung über seine Stellung abgeschlossen hat und einer anerkannten Bank- oder Finanzmarktaufsicht untersteht.

Fassung gemäss Antrag des Verwaltungsrates (Änderungen in **fett** und *kursiv*):

I. FIRMA, SITZ, ZWECK UND DAUER DER GESELLSCHAFT

ARTIKEL 1

(Wortlaut unverändert)

ARTIKEL 2

(Wortlaut unverändert)

II. AKTIENKAPITAL

ARTIKEL 3

(Wortlaut unverändert)

ARTIKEL 3^{BIS}

(Wortlaut unverändert)

ARTIKEL 4

(Wortlaut unverändert)

ARTIKEL 5

Die Gesellschaft führt über die Namenaktien ein Aktienbuch, in welches die Eigentümer und Nutzniesser **der Aktien** mit Namen und Adresse eingetragen werden.

(Abs. 2-3: Wortlaut unverändert)

Der Verwaltungsrat trägt einzelne Personen, die im Eintragungsgesuch nicht ausdrücklich erklären, die Aktien für eigene Rechnung zu halten (**Nominees** ~~die „Nominees“~~) mit Stimmrecht im Aktienbuch ein, wenn der Nominee mit der Gesellschaft eine Vereinbarung über seine Stellung abgeschlossen hat und einer anerkannten Bank- oder Finanzmarktaufsicht untersteht.

Der Verwaltungsrat kann nach Anhörung des betroffenen Aktionärs oder Nominees Eintragungen im Aktienbuch rückwirkend auf das Datum des Eintrags streichen, wenn die Eintragung durch falsche Angaben erwirkt wurde. Der Betroffene muss über die Streichung sofort orientiert werden.

ARTIKEL 6

III. ORGANE

ARTIKEL 7

A) DIE GENERALVERSAMMLUNG

ARTIKEL 8

Die Generalversammlung der Aktionäre ist das oberste Organ der Gesellschaft.

Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. die Festsetzung und die Änderung der Statuten sowie Beschlussfassung über die Fusion und Auflösung der Gesellschaft;
2. die Genehmigung des Jahresberichtes und der Konzernrechnung;

4. die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Revisionsstelle;

Der Verwaltungsrat kann nach Anhörung des betroffenen Aktionärs oder Nominees Eintragungen im Aktienbuch rückwirkend auf das Datum des Eintrags streichen, wenn die Eintragung durch falsche Angaben erwirkt wurde. Der **~~Betroffene-~~betroffene Aktionär oder Nominee** muss über die Streichung sofort orientiert werden.

(Abs. 6: Wortlaut unverändert)

ARTIKEL 6

(Wortlaut unverändert)

III. ORGANE

ARTIKEL 7

(Wortlaut unverändert)

A) DIE GENERALVERSAMMLUNG

ARTIKEL 8

Die Generalversammlung ~~der Aktionäre~~ ist das oberste Organ der Gesellschaft.

Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. die Festsetzung und die Änderung ~~derdieser~~ Statuten sowie ~~die~~ Beschlussfassung über die Fusion und Auflösung der Gesellschaft;
2. die Genehmigung des ~~Jahresberichtes~~**Lageberichts** und der Konzernrechnung;

(Nr. 3: Wortlaut unverändert)

4. **die Genehmigung der Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung gemäss Art. 23 dieser Statuten;**

- ~~45.~~ die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrates ~~und, des Präsidenten des Verwaltungsrates, der Mitglieder des~~

5. die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates;
6. die Beschlussfassung über Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz, die Statuten oder Reglemente vorbehalten sind oder die der Verwaltungsrat oder die Revisionsstelle ihr unterbreiten.

ARTIKEL 9

Jede mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragene Aktie hat eine Stimme. Die Aktionäre können sich an der Generalversammlung mittels schriftlicher Vollmacht durch einen anderen Aktionär mit Stimmrecht vertreten lassen.

Nomination & Compensation Committee,
der Revisionsstelle ***und des unabhängigen Stimmrechtsvertreters;***

56. die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates ***und der mit der Geschäftsleitung betrauten Personen;***
67. die Beschlussfassung über Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz, ~~die~~***diese*** Statuten, ***Organisations-*** oder ***weite-***
re Reglemente vorbehalten sind oder die der Verwaltungsrat oder die Revisionsstelle ihr unterbreiten.

ARTIKEL 9

Jede mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragene Aktie hat eine Stimme. ~~Die Aktionäre können Ein~~
Aktionär kann sich an der Generalversammlung ***nur durch seinen gesetzlichen Vertreter, den unabhängigen Stimmrechtsvertreter oder*** (mittels schriftlicher Vollmacht) durch einen anderen ***stimmberechtigten*** Aktionär ~~mit Stimmrecht~~ vertreten lassen.
Der Verwaltungsrat regelt die Einzelheiten für die Teilnahme und die Vertretung an der Generalversammlung.

(Abs. 2: Wortlaut unverändert)

Die Generalversammlung wählt den unabhängigen Stimmrechtsvertreter für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Wiederwahl ist möglich. Hat die Gesellschaft keinen unabhängigen Stimmrechtsvertreter, bezeichnet der Verwaltungsrat den unabhängigen Stimmrechtsvertreter für die nächste Generalversammlung.

ARTIKEL 10

In Ergänzung zu Art. 704 Abs. 1 OR kann die Generalversammlung folgende Beschlüsse nur fassen, wenn mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte zugestimmt hat:

- a) Aufhebung der Beschränkung von Art. 5;

ARTIKEL 11**ARTIKEL 12**

Die Einladung zur Generalversammlung wird unter Bezeichnung der Traktanden und Anträge sowie unter Angabe des Ortes und der Zeit mindestens 20 Tage vor der Versammlung im Schweizerischen Handelsamtsblatt und allfällig anderen vom Verwaltungsrat bezeichneten Zeitungen publiziert. Die im Aktienbuch eingetragenen Namenaktionäre können ausserdem durch gewöhnlichen Brief zur Generalversammlung eingeladen werden.

Spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht den Aktionären am Gesellschaftssitz zur Einsicht aufzulegen. Im Aktienbuch eingetragene Namenaktionäre werden hierüber durch schriftliche Mitteilung unterrichtet.

ARTIKEL 10

(Abs. 1: Wortlaut unverändert)

In Ergänzung zu Art. 704 Abs. 1 OR kann die Generalversammlung folgende Beschlüsse nur fassen, wenn mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte zugestimmt hat:

- a) Aufhebung der Beschränkung von Art. 5 **dieser Statuten**;

(lit. b-c: Wortlaut unverändert)

ARTIKEL 11

(Wortlaut unverändert)

ARTIKEL 12

Die Einladung zur Generalversammlung wird unter Bezeichnung der Traktanden und Anträge sowie unter Angabe des Ortes und der Zeit **der Generalversammlung** mindestens 20 Tage vor der Versammlung im Schweizerischen Handelsamtsblatt und allfällig anderen vom Verwaltungsrat bezeichneten Zeitungen publiziert. Die im Aktienbuch eingetragenen Namenaktionäre können ausserdem durch gewöhnlichen Brief zur Generalversammlung eingeladen werden.

Spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht, **der Vergütungsbericht** und der Revisionsbericht den Aktionären am Gesellschaftssitz zur Einsicht aufzulegen. Im Aktienbuch eingetragene Namenaktionäre werden hierüber durch schriftliche Mitteilung unterrichtet.

Jeder Aktionär kann verlangen, dass ihm unverzüglich eine Ausfertigung des Geschäftsberichtes und des Revisionsberichtes zugestellt wird.

ARTIKEL 13

Den Vorsitz der Generalversammlung führt der Präsident des Verwaltungsrates, im Verhinderungsfalle der Vizepräsident oder ein anderes Mitglied.

Der Protokollführer wird vom Verwaltungsrat bezeichnet. Er muss nicht Aktionär sein. Die Stimmenzähler werden vom Vorsitzenden vorgeschlagen und von der Versammlung in offener Abstimmung bezeichnet.

Das Protokoll hält fest:

1. Anzahl, Art, Nennwert und Kategorie der Aktien, die von den Aktionären, von den Organen, von unabhängigen Stimmrechtsvertretern und von Depotvertretern vertreten werden;

Jeder Aktionär kann verlangen, dass ihm unverzüglich eine Ausfertigung des Geschäftsberichtes, **des Vergütungsberichtes** und des Revisionsberichtes zugestellt wird.

ARTIKEL 13

Den Vorsitz der Generalversammlung **führt hat** der Präsident des Verwaltungsrates, im Verhinderungsfalle der Vizepräsident **(oder der amtsältere Vizepräsident, falls zwei Vizepräsidenten gewählt sind)** oder ein anderes Mitglied **des Verwaltungsrates**.

Der Protokollführer wird vom Verwaltungsrat bezeichnet. Er muss nicht Aktionär sein. Die Stimmenzähler werden vom Vorsitzenden **vorgeschlagen und von der Versammlung in offener Abstimmung** bezeichnet.

Das Protokoll hält fest:

1. Anzahl, Art, Nennwert und Kategorie der Aktien, die von den Aktionären, **von den Organen, von und vom** unabhängigen **Stimmrechtsvertretern und von Depotvertretern** **Stimmrechtsvertreter** vertreten werden;

(Nr. 2-4: Wortlaut unverändert)

(Abs. 4-6: Wortlaut unverändert)

Der Vorsitzende kann eine Wahl oder Abstimmung wiederholen lassen, sofern nach seiner Meinung Zweifel am Abstimmungsergebnis bestehen. In diesem Fall gilt die vorausgegangene Wahl oder Abstimmung als nicht geschehen.

B) DER VERWALTUNGSRAT

ARTIKEL 14

Die Leitung der Geschäfte der Gesellschaft obliegt dem Verwaltungsrat, welcher aus mindestens 7 Mitgliedern besteht. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden auf höchstens drei Jahre gewählt und sind wieder wählbar. Als Jahr gilt die Zeit von einer ordentlichen Generalversammlung zur nächsten.

Verwaltungsratesmitglieder können sich vor Ablauf ihrer Amtsperiode für eine neue Amtsdauer von höchstens drei Jahren zur Wahl stellen. Der Wahlturnus ist möglichst so anzusetzen, dass jedes Jahr die Amtsdauer von rund einem Drittel der Verwaltungsratesmitglieder abläuft.

ARTIKEL 15

Die Mitglieder des Verwaltungsrates müssen Aktionäre sein oder eine Gesellschaft, die Aktionärin ist, vertreten.

ARTIKEL 16

Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Er bestellt einen Sekretär, der weder Mitglied des Verwaltungsrates noch Aktionär sein muss.

B) DER VERWALTUNGSRAT

ARTIKEL 14

~~Die Leitung der Geschäfte der Gesellschaft obliegt dem Verwaltungsrat, welcher aus mindestens 7 Mitgliedern besteht. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden auf höchstens drei Jahre gewählt und sind wieder wählbar. Als Jahr gilt die Zeit von einer ordentlichen Generalversammlung zur nächsten.~~

~~Verwaltungsratesmitglieder können sich vor Ablauf ihrer Amtsperiode für eine neue Amtsdauer von höchstens drei Jahren zur Wahl stellen. Der Wahlturnus ist möglichst so anzusetzen, dass jedes Jahr die Amtsdauer von rund einem Drittel der Verwaltungsratesmitglieder abläuft.~~

ARTIKEL 15

~~Die Mitglieder des Verwaltungsrates müssen Aktionäre sein oder eine Gesellschaft, die Aktionärin ist, vertreten.~~

ARTIKEL 16

~~Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Er bestellt einen Sekretär, der weder Mitglied des Verwaltungsrates noch Aktionär sein muss.~~

ARTIKEL 14

~~Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens sieben Mitgliedern.~~

~~Die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Präsident des Verwaltungsrates werden einzeln für eine Amtszeit bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung gewählt und sind wieder wählbar.~~

Ist das Präsidium vakant, bezeichnet der Verwaltungsrat aus seiner Mitte einen neuen Präsidenten für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

ARTIKEL 15

Vorbehältlich der Wahl des Präsidenten des Verwaltungsrates und der Mitglieder des Nomination & Compensation Committee durch die Generalversammlung konstituiert sich der Verwaltungsrat selbst. Er kann aus seiner Mitte einen oder mehrere Vize-Präsidenten wählen. Er bestellt seinen Sekretär, welcher nicht Mitglied des Verwaltungsrates oder Aktionär zu sein braucht.

ARTIKEL 17

Der Verwaltungsrat versammelt sich auf Einladung des Präsidenten bzw. Vizepräsidenten. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates kann schriftlich und unter Angabe der Gründe beim Präsidenten die unverzügliche Einberufung einer Sitzung verlangen.

Zur gültigen Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder erforderlich. Für Feststellungen betreffend eine bereits durchgeführte Kapitalerhöhung und die diesbezügliche Statutenänderung ist kein Präsenzquorum erforderlich.

ARTIKEL ~~17~~16

Der Verwaltungsrat versammelt sich auf Einladung des Präsidenten bzw. **eines** Vizepräsidenten. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates kann schriftlich und unter Angabe der Gründe beim Präsidenten die unverzügliche Einberufung einer Sitzung verlangen.

Der Präsident des Verwaltungsrates oder, in dessen Abwesenheit, der Vizepräsident (oder der amtsältere Vizepräsident für den Fall, dass zwei Vizepräsidenten im Amt sind) oder ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates hat den Vorsitz an den Sitzungen.

Zur gültigen Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder **erforderlich** ~~des Verwaltungsrates erforderlich~~. **Das Kriterium der Anwesenheit ist erfüllt, wenn die Mitglieder des Verwaltungsrates simultan (z.B. durch Telefon, Video, Internet/Intranet oder mit anderen technischen Hilfsmitteln) kommunizieren können.** Für Feststellungen betreffend eine bereits durchgeführte Kapitalerhöhung und die diesbezügliche Statutenänderung ist kein Präsenzquorum erforderlich.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

Beschlüsse können auch auf dem Wege der schriftlichen Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrates zu einem gestellten Antrag gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung verlangt.

ARTIKEL 18

Der Verwaltungsrat ist befugt, über alle Angelegenheiten Beschluss zu fassen, die durch Gesetz, Statuten oder Reglemente nicht ausdrücklich der Generalversammlung oder anderen Gesellschaftsorganen vorbehalten sind.

Er ist insbesondere verpflichtet:

2. Die Erstellung des Geschäftsberichtes zu überwachen, die Generalversammlung vorzubereiten und deren Beschlüsse auszuführen.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit Stimmenmehrheit ~~gefasst~~*der anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrates gefasst, mit Ausnahme derjenigen Beschlüsse, für welche die Organisations- oder weitere Reglemente der Gesellschaft ein qualifiziertes Mehr vorsehen.* Bei Stimmengleichheit ~~gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag~~*hat der Präsident keinen Stichentscheid.*

Beschlüsse können auch auf dem Wege der schriftlichen Zustimmung der Mehrheit *(oder einer qualifizierten Mehrheit, falls Organisations- oder weitere Reglemente der Gesellschaft dies verlangen)* der Mitglieder des Verwaltungsrates zu einem gestellten Antrag gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung verlangt.

ARTIKEL ~~18~~17

Der Verwaltungsrat ist befugt, über alle Angelegenheiten Beschluss zu fassen, die durch Gesetz, Statuten, *Organisations-* oder *weitere* Reglemente nicht ausdrücklich der Generalversammlung oder anderen Gesellschaftsorganen vorbehalten sind.

Er ist insbesondere verpflichtet:

(Nr. 1: Wortlaut unverändert)

2. *Den Geschäftsbericht (inkl. Lagebericht, Konzernrechnung und Jahresrechnung) und den Vergütungsbericht zu erstellen und den Revisionsbericht und die Berichte der Ausschüsse und Ad-hoc-Ausschüsse entgegenzunehmen und die Quartalsberichte zu genehmigen.*

23. ~~Die Erstellung des Geschäftsberichtes zu überwachen, die~~*Die* Generalversammlung vorzubereiten und deren Beschlüsse auszuführen.

6. Die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Organisationsreglemente und Weisungen zu beaufsichtigen.

Der Verwaltungsrat ist dafür verantwortlich, dass seine Protokolle und diejenigen der Generalversammlung sowie die notwendigen Geschäftsbücher regelmässig geführt werden und dass die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz, nach den gesetzlichen Vorschriften ausgestellt, der Revisionsstelle zur Prüfung unterbreitet und samt dem schriftlichen Geschäftsbericht der Generalversammlung vorgelegt werden.

ARTIKEL 19

Der Verwaltungsrat kann die Vorbereitung und die Ausführung seiner Beschlüsse oder die Überwachung von Geschäften einem Ausschuss aus seiner Mitte oder einzelnen seiner Mitglieder übertragen. Er sorgt diesfalls für eine angemessene Berichterstattung.

Der Verwaltungsrat ist überdies befugt, die Geschäftsführung nach Massgabe eines Organisationsreglementes ganz oder zum Teil an einzelne Mitglieder oder an Dritte (Direktoren, Prokuristen) zu übertragen.

~~34.~~ (Wortlaut unverändert)

~~45.~~ (Wortlaut unverändert)

~~56.~~ (Wortlaut unverändert)

~~67.~~ Die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, ~~Organisationsreglemente~~ **Organisations- oder weitere Reglemente, Richtlinien** und Weisungen zu beaufsichtigen

~~78.~~ (Wortlaut unverändert)

Der Verwaltungsrat ist dafür verantwortlich, dass seine Protokolle und diejenigen der Generalversammlung sowie die notwendigen Geschäftsbücher regelmässig geführt werden ~~und~~.

Er ist auch dafür verantwortlich, dass die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz, nach den gesetzlichen Vorschriften ausgestellt, der Revisionsstelle zur Prüfung unterbreitet und samt dem schriftlichen Geschäftsbericht der Generalversammlung vorgelegt werden.

ARTIKEL ~~19~~18

Der Verwaltungsrat kann die Vorbereitung und die Ausführung seiner Beschlüsse oder die Überwachung von Geschäften einem Ausschuss aus seiner Mitte oder einzelnen seiner Mitglieder übertragen. Er ~~sorgt~~ **diesfalls befugt, Ausschuss-satzungen zu erstellen, und er sorgt** für eine angemessene Berichterstattung.

Der Verwaltungsrat ist überdies befugt, die Geschäftsführung nach Massgabe ~~eines Organisationsreglementes~~ **von Organisations- oder weiteren Reglementen** ganz oder zum Teil an einzelne

Mitglieder oder an Dritte (~~Direktoren, Prokuristen-~~
~~Geschäftsleitung~~) zu übertragen.

(Abs. 3: Wortlaut unverändert)

ARTIKEL 20

Als Gegenleistung für die ihnen obliegenden Pflichten und Verantwortlichkeiten, beziehen die Mitglieder des Verwaltungsrates ausser der Vergütung ihrer Auslagen jährlich eine von den Geschäftsergebnissen unabhängige feste Entschädigung, deren Festsetzung in die Kompetenz des Verwaltungsrates fällt.

Spezielle Dienstleistungen einzelner Mitglieder, besonders auch die Tätigkeit etwaiger zu Geschäftsführer oder Aufsicht speziell delegierter Mitglieder des Verwaltungsrates, können durch den Verwaltungsrat angemessen honoriert werden.

(Neuer Artikel)

ARTIKEL ~~20~~19

Als Gegenleistung für die ihnen obliegenden Pflichten und Verantwortlichkeiten; beziehen die Mitglieder des Verwaltungsrates ausser der Vergütung ihrer Auslagen jährlich eine von den Geschäftsergebnissen unabhängige feste Entschädigung, ~~deren.~~ **Die Festsetzung dieser festen Entschädigung fällt** in die Kompetenz des Verwaltungsrates ~~fällt und muss durch die Generalversammlung gemäss Art. 23 dieser Statuten genehmigt werden.~~

Spezielle Dienstleistungen einzelner Mitglieder, besonders auch die Tätigkeit etwaiger ~~zu~~ Geschäftsführer oder **speziell zur Aufsicht speziell des Geschäfts** delegierter Mitglieder des Verwaltungsrates, können durch den Verwaltungsrat **unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Generalversammlung gemäss Art. 23 dieser Statuten** angemessen honoriert werden.

C) NOMINATION & COMPENSATION COMMITTEE

ARTIKEL 20

Das Nomination & Compensation Committee besteht aus mindestens drei Mitgliedern des Verwaltungsrates.

Die Mitglieder des Nomination & Compensation Committee werden von der Generalversammlung einzeln für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung gewählt. Mitglieder, deren Amtszeit abgelaufen ist, sind wieder wählbar. Bei Vakanzen im Nomination & Compensation Committee kann der

Verwaltungsrat aus seiner Mitte Ersatzmitglieder für eine Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung bezeichnen.

Vorbehältlich des anwendbaren Rechts konstituiert sich das Nomination & Compensation Committee selbst. Der Verwaltungsrat bezeichnet den Vorsitzenden des Nomination & Compensation Committee. Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende keinen Stichentscheid.

Im Übrigen erlässt der Verwaltungsrat ein Reglement über die Organisation und Beschlussfassung des Nomination & Compensation Committee.

(Neuer Artikel)

ARTIKEL 21

Das Nomination & Compensation Committee unterstützt den Verwaltungsrat bei der Festsetzung und Überprüfung der Vergütungsstrategie und –richtlinien sowie bei der Vorbereitung der Anträge zuhanden der Generalversammlung betreffend die Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung. Es kann dem Verwaltungsrat Anträge zu weiteren Vergütungsfragen unterbreiten.

Der Verwaltungsrat legt in einem Organisationsreglement oder in einer Ausschusssatzung fest, für welche Funktionen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung das Nomination & Compensation Committee dem Verwaltungsrat Vorschläge für die Leistungswerte, Zielwerte und die Vergütung (mit oder ohne Einbezug des Präsidenten des Verwaltungsrates) unterbreitet, und für welche Funktionen das Nomination & Compensation Committee selbst im Rahmen der Statuten und der vom Verwaltungsrat erlassenen Vergütungsrichtlinien die Leistungswerte, Zielwerte und die Vergütung festsetzt.

C) DIE REVISIONSSTELLE

ARTIKEL 21

Die Revisionsstelle wird von der Generalversammlung für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt. Rechte und Pflichten der Revisionsstelle bestimmen sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

(Neuer Artikel)

Der Verwaltungsrat kann dem Nomination & Compensation Committee weitere Aufgaben zuweisen.

ED) DIE REVISIONSSTELLE

ARTIKEL ~~21~~22

(Abs. 1: Wortlaut unverändert)

Die Revisionsstelle wird von der Generalversammlung **einzel**n für eine Amtsdauer ~~von einem Jahr bis zur nächsten Generalversammlung~~ gewählt. Rechte und Pflichten der Revisionsstelle bestimmen sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

IV. VERGÜTUNG DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATES UND DER GESCHÄFTSLEITUNG

ARTIKEL 23

Die Generalversammlung genehmigt jährlich die Anträge des Verwaltungsrates in Bezug auf:

- 1. die maximale Gesamtvergütung des Verwaltungsrates für den Zeitraum bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung;*
- 2. die maximale Gesamtvergütung der Geschäftsleitung für das folgende Geschäftsjahr.*

Der Verwaltungsrat kann der Generalversammlung abweichende oder zusätzliche Anträge in Bezug auf die gleichen oder andere Zeitperioden zur Genehmigung vorlegen.

Genehmigt die Generalversammlung einen Antrag des Verwaltungsrates nicht, setzt der Verwaltungsrat den entsprechenden maximalen Gesamtbetrag der Vergütung oder maximale Teilbeträge der Vergütung unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren fest, und

unterbreitet den oder die so festgesetzten Beträge der Generalversammlung zur Genehmigung.

Die Vergütung kann durch die Gesellschaft oder durch von ihr kontrollierte Gesellschaften vor der Genehmigung durch die Generalversammlung unter Vorbehalt einer nachträglichen Genehmigung ausgerichtet werden.

Der Verwaltungsrat legt den Vergütungsbericht der Generalversammlung zur Konsultativabstimmung vor.

(Neuer Artikel)

ARTIKEL 24

Reicht der bereits von der Generalversammlung genehmigte maximale Gesamtbetrag der Vergütung nicht aus für die Vergütung einer oder mehrerer Personen, die nach dem Zeitpunkt der Genehmigung der Vergütung der Geschäftsleitung für die massgebende Vergütungsperiode durch die Generalversammlung Mitglieder der Geschäftsleitung werden oder innerhalb der Geschäftsleitung befördert werden, sind die Gesellschaft oder von ihr kontrollierte Unternehmen ermächtigt, diesem oder diesen Mitgliedern während der bereits genehmigten Vergütungsperiode(n) einen Zusatzbetrag auszurichten. Der Zusatzbetrag darf je Vergütungsperiode insgesamt 40% des letzten genehmigten maximalen Gesamtbetrages der Vergütung der Geschäftsleitung nicht übersteigen.

(Neuer Artikel)

ARTIKEL 25

Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung besteht aus einer fixen Vergütung. Zusätzlich kann den Mitgliedern der Geschäftsleitung eine variable Vergütung bezahlt werden, welche vom Ergebnis der Gesellschaft und dem Erreichen gewisser Leistungswerte abhängig ist.

Die Leistungswerte können individuelle Ziele, Ziele der Gesellschaft oder von Teilen davon, des Konzerns oder Ziele in Bezug auf den Markt, andere Gesellschaften oder vergleichbare Richtgrößen unter Berücksichtigung der Funktion und Verantwortungsstufe des Empfängers umfassen. Der Verwaltungsrat oder, soweit an dieses delegiert, das Nomination & Compensation Committee legen das relative Gewicht dieser Leistungswerte und die entsprechenden Zielwerte fest.

Die Vergütung kann in Form von Geld, Aktien oder anderen Leistungen ausgerichtet werden; die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung kann zusätzlich in der Form von Optionen, ähnlichen Finanzinstrumenten oder Einheiten ausgerichtet werden. Der Verwaltungsrat oder, soweit an dieses delegiert, das Nomination & Compensation Committee legen Zuteilungs-, Vesting-, Ausübungs- und Verfallsbedingungen fest. Sie können insbesondere vorsehen, dass aufgrund des Eintritts im Voraus bestimmter Ereignisse wie einem Kontrollwechsel oder der Beendigung eines Arbeits- oder Mandatsvertrages Vesting- und Ausübungsbedingungen beschleunigt, verkürzt oder aufgehoben werden, Vergütungen unter Annahme der Erreichung der Zielwerte ausgerichtet werden oder Vergütungen verfallen. Die Gesellschaft kann die erforderlichen Aktien auf dem Markt erwerben oder unter Verwendung ihres bedingten Kapitals bereitstellen.

Die Vergütung kann durch die Gesellschaft oder durch von ihr kontrollierte Unternehmen ausgerichtet werden.

(Neuer Artikel)

V. VERTRÄGE MIT MITGLIEDERN DES VERWALTUNGSRATES UND DER GESCHÄFTSLEITUNG

ARTIKEL 26

Die Gesellschaft oder von ihr kontrollierte Unternehmen können mit Mitgliedern des Verwaltungsrates befristete oder unbefristete Verträge über deren Vergütung abschliessen. Dauer und Beendigung richten sich nach Amtsdauer und Gesetz.

Die Gesellschaft oder von ihr kontrollierte Unternehmen können mit Mitgliedern der Geschäftsleitung befristete oder unbefristete Arbeitsverträge abschliessen. Befristete Arbeitsverträge haben eine Höchstdauer von einem Jahr. Eine Erneuerung ist zulässig. Unbefristete Arbeitsverträge haben eine Kündigungsfrist von maximal zwölf Monaten.

Die Gesellschaft oder von ihr kontrollierte Unternehmen können mit Mitgliedern der Geschäftsleitung Konkurrenzverbote für die Zeit nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses vereinbaren. Deren Dauer darf ein Jahr nicht übersteigen, und die für ein solches Konkurrenzverbot bezahlte Entschädigung darf 50% der letzten Gesamtjahresvergütung eines solchen Mitglieds der Geschäftsleitung nicht übersteigen.

(Neuer Artikel)

VI. MANDATE AUSSERHALB DER GESELLSCHAFT

ARTIKEL 27

Kein Mitglied des Verwaltungsrates kann mehr als zehn zusätzliche Mandate wahrnehmen, wovon nicht mehr als vier in börsenkotierten Unternehmen.

Kein Mitglied der Geschäftsleitung kann mehr als fünf Mandate wahrnehmen, wovon nicht mehr als eines in einem börsenkotierten Unternehmen.

Die folgenden Mandate fallen nicht unter die Beschränkungen gemäss Abs. 1 und 2 dieses Artikels:

- (a) Mandate in Unternehmen, die durch die Gesellschaft kontrolliert werden oder die Gesellschaft kontrollieren;*
- (b) Mandate, die auf Anordnung der Gesellschaft oder von ihr kontrollierten Unternehmen wahrgenommen werden. Kein Mitglied des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung kann mehr als zehn solche Mandate wahrnehmen; und*
- (c) Mandate in Vereinen, wohltätigen Organisationen, Stiftungen, Trusts, Personalfürsorge-stiftungen und anderen ähnlichen Organisationen. Kein Mitglied des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung kann mehr als zehn solche Mandate wahrnehmen.*

Als Mandate gelten Mandate im jeweils obersten Leitungsorgan einer Gesellschaft, die zur Eintragung ins Handelsregister oder in ein entsprechendes ausländisches Register verpflichtet ist. Mandate in Bezug auf Gesellschaften, die direkt oder indirekt von derselben Person oder derselben Gesellschaft kontrolliert werden oder die unter gemeinsamer Kontrolle stehen oder Mandate, die auf Anweisung einer solchen Person oder Gesellschaft angenommen wurden, sind als ein Mandat zu zählen.

IV. GESCHÄFTSJAHR UND GEWINNVERWENDUNG

ARTIKEL 22

ARTIKEL 23

ARTIKEL 24

Alle Dividenden, welche innerhalb von 5 Jahren von ihrer Verfallzeit an nicht bezogen worden sind, verfallen der Gesellschaftskasse.

V. DIVERSES

ARTIKEL 25

ARTIKEL 26

ARTIKEL 27

Die Gesellschaft übernimmt auf dem Wege der Fusion nach Art. 748 OR mit Rückwirkung per 1. Juli 1995 die HCB „Holderbank“ Cement und Beton Holding, vormals HCB „Holderbank“ Cement und Beton, in Eclépens, mit Aktiven und Passiven gemäss Fusionsvertrag vom 8. November 1995 und Fusionsbilanz per 30. Juni 1995, wonach die Aktiven CHF 418'783'248.-- und die Passiven CHF 0.-- betragen und sich ein Aktivenüberschuss von CHF 418'783'248.-- ergibt.

Als Gegenleistung für das übernommene Vermögen erhalten die Aktionäre der HCB „Holderbank“ Cement und Beton Holding (mit Ausnahme der Gesellschaft selber) für ihre 1'144'713 Inhaberaktien im Nennwert von je CHF 50.-- 381'571 Inhaberaktien der Gesellschaft im Nennwert von je CHF 50.-- und zum Ausgabepreis von je CHF 50.--.

~~IV.~~ VII. GESCHÄFTSJAHR UND GEWINNVERWENDUNG

ARTIKEL ~~22~~28

(Wortlaut unverändert)

ARTIKEL ~~23~~29

(Wortlaut unverändert)

ARTIKEL ~~24~~30

Alle Dividenden, welche innerhalb von *sfünf* Jahren von ihrer Verfallzeit an nicht bezogen worden sind, verfallen der Gesellschaftskasse.

~~V.~~ VIII. DIVERSES

ARTIKEL ~~25~~31

(Wortlaut unverändert)

ARTIKEL ~~26~~32

(Wortlaut unverändert)

~~ARTIKEL 27~~

Die Gesellschaft übernimmt auf dem Wege der Fusion nach Art. 748 OR mit Rückwirkung per 1. Juli 1995 die HCB „Holderbank“ Cement und Beton Holding, vormals HCB „Holderbank“ Cement und Beton, in Eclépens, mit Aktiven und Passiven gemäss Fusionsvertrag vom 8. November 1995 und Fusionsbilanz per 30. Juni 1995, wonach die Aktiven CHF 418'783'248.-- und die Passiven CHF 0.-- betragen und sich ein Aktivenüberschuss von CHF 418'783'248.-- ergibt.

Als Gegenleistung für das übernommene Vermögen erhalten die Aktionäre der HCB „Holderbank“ Cement und Beton Holding (mit Ausnahme der Gesellschaft selber) für ihre 1'144'713 Inhaberaktien im Nennwert von je CHF 50.-- 381'571 Inhaberaktien der Gesellschaft im Nennwert von je CHF 50.-- und zum Ausgabepreis von je CHF 50.--.

ARTIKEL 28

Die Gesellschaft übernimmt gemäss Sacheinlagevertrag vom 7. Dezember 1995 von der BIH S.A. 25'035 Inhaberaktien der Société Suisse de Ciment Portland S.A. sowie 6'771 Partizipations-scheine der Société Suisse de Ciment Portland S.A.

Der Übernahmepreis beträgt CHF 510'000'032.--. In Anrechnung an diesen Übernahmepreis erhält die BIH S.A. 549'569 voll liberierte Inhaberaktien der Gesellschaft im Nennwert von je CHF 50.-- zum Wert von je CHF 928.--. Der den Nominalwert der der Sacheinlegerin zukommenden Inhaberaktien übersteigende Mehrwert der übernommenen Sacheinlage (CHF 482'521'582.--) verbleibt der Gesellschaft als Agio.

ARTIKEL 28

~~Die Gesellschaft übernimmt gemäss Sacheinlagevertrag vom 7. Dezember 1995 von der BIH S.A. 25'035 Inhaberaktien der Société Suisse de Ciment Portland S.A. sowie 6'771 Partizipations-scheine der Société Suisse de Ciment Portland S.A.~~

~~Der Übernahmepreis beträgt CHF 510'000'032.--. In Anrechnung an diesen Übernahmepreis erhält die BIH S.A. 549'569 voll liberierte Inhaberaktien der Gesellschaft im Nennwert von je CHF 50.-- zum Wert von je CHF 928.--. Der den Nominalwert der der Sacheinlegerin zukommenden Inhaberaktien übersteigende Mehrwert der übernommenen Sacheinlage (CHF 482'521'582.--) verbleibt der Gesellschaft als Agio.~~

Holcim Ltd
Zürcherstrasse 156
8645 Jona, Schweiz
Telefon +41 58 858 86 48
info@holcim.com
www.holcim.com